



Nr. 94 / 01.02.2019

Alexander **HOFFMANN** informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Wir sind verantwortlich dafür, dass so etwas nie wieder geschieht!

Liebe Leserinnen, liebe Leser, der Bundestag hat am Donnerstag in einer Sonderveranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Anlass war der 74. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Es gibt nicht wenige, die denken, dass es das eigentlich doch gar nicht mehr braucht, weil das doch schon so lange her ist mittlerweile. Doch gerade deswegen ist es umso wichtiger! Der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer hat einmal so treffend zu jungen Leuten gesagt: „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon!“



Doch in unserem Land hat sich etwas verändert – leider. Immer mehr Menschen blenden die Erinnerung an die unvorstellbar grausamen Verbrechen der Nazis aus – oder, noch schlimmer, relativieren und verharmlosen sie. Da schwadronieren hochrangigste AfD-Mandatsträger davon, dass das „Dritte Reich“ nur ein „Vogelschiss“ in der ansonsten angeblich durchwegs positiven Geschichte Deutschlands sei. Da wird das Stelenfeld in Berlin, das Millionen ermordeter Juden gedenkt, als „Denkmal der Schande“ bezeichnet. Da wird laut ausgesprochen, dass das politische System, also unsere solide parlamentarische Demokratie, überwunden werden müsse.

Es gehört quasi zum „Geschäftsmodell“ der AfD, Grenzen des Sagbaren zu überschreiten – doch gewöhnen dürfen wir uns daran nicht, das wäre gefährlich. „Ohne Widerspruch“, schreibt die F.A.Z., „können schleichend, aber auch sprunghaft Begriffe neu besetzt und Maßstäbe verschoben werden. Das darf man den Brandstiftern im Biedermann-Sakko nicht durchgehen lassen, die jetzt an vielen Stellen zündeln.“

Was wir im ersten Regierungsjahr bereits alles beschlossen haben

Diese Koalition ist viel fleißiger und erfolgreicher, als es die Medien oft vermitteln. Der Start war sehr holprig, daran gibt es nichts zu beschönigen. Die erfolgreiche Sacharbeit, die wir fast geräuschlos machen, hatte daher lange Zeit nur geringe Chancen, von den Menschen auch wahrgenommen zu werden. Anfang Februar ist es schon wieder ein Jahr her, dass sich CDU und CSU zusammen mit der SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt hatten. Wir haben in diesen ersten 12 Monaten bereits eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen und Gesetze beschlossen, die unser Land noch sicherer, noch gerechter und noch sozialer machen:

- Wir haben 7.500 zusätzliche Stellen allein bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt beschlossen.
- Wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte abgeschafft (das Kontingent von maximal 1.000 nachziehenden Familienangehörigen pro Monat wird nicht ansatzweise ausgeschöpft).
- Wir haben die Einstufung Georgiens und der Maghreb-Staaten zu Sicheren Herkunftsländern beschlossen.
- Wir haben ein Rentenpaket beschlossen. Es umfasst einen zusätzlichen halben Mütterrenten-Punkt, eine höhere Erwerbsminderungsrente sowie die „doppelte Haltelinie“ (das Rentenniveau bleibt bis 2025 auf heutigem Stand von 48 %; gleichzeitig steigen die Beiträge nicht über 20 %).
- Wir haben das sogenannte Gute-Kita-Gesetz beschlossen: Bis 2022 gibt der Bund weitere 5,5 Milliarden Euro an die Länder zum Kita-Ausbau und zur Qualitätsverbesserung.
- Wir haben einen Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit („Brückenteilzeit“) eingeführt.
- Wir erhöhen das Kindergeld, den Kinderfreibetrag und den steuerlichen Grundfreibetrag spürbar.
- Wir haben das Baukindergeld eingeführt: Pro Kind und Jahr erhält jede Familie zehn Jahre lang 1.200 Euro.
- Wir haben umfangreiche Finanzhilfen des Bundes an die Länder für den Sozialen Wohnungsbau und die Digitalisierung der Schulen (rund 5 Milliarden Euro bis 2022) beschlossen.
- Wir haben eine Sonderabschreibung für den Neubau von Mietwohnungen beschlossen.
- Wir haben beschlossen, 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege zu schaffen.
- Wir haben eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe beschlossen, um diese attraktiver zu machen und um Qualitätsverbesserungen vorzunehmen.
- Wir haben die Musterfeststellungsklage eingeführt.
- Wir investieren so viel Geld wie noch nie in unsere Infrastruktur, allein 2019 ca. 39 Milliarden Euro. Gleichzeitig setzen wir die „Schwarze Null“ konsequent fort: Alle Bundeshaushalte auch in dieser Legislaturperiode kommen ohne Neuverschuldung aus – das ist Generationengerechtigkeit!



Herzlichst

Ihr


Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Bundesarchiv; Michael Dominik